

**Stadtverordnetenversammlung  
Brandenburg an der Havel**

**FDP-Fraktion**

**Beschlussantrag**

**an die Stadtverordnetenversammlung**

zur Behandlung in  öffentlicher Sitzung  nichtöffentlicher Sitzung


**Beschlussgegenstand: Abschluss eines Miet-/Pachtvertrages für das Bürgerhaus in der Bäckerstraße 14 mit dem Ziel einer soziokulturellen Nutzung**

	Jugendhilfeausschuss		Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Petitionen		Rechnungsprüfungsausschuss und Vergaben
	Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Senioren		Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport
	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit		
X	22.05.2023 <b>Hauptausschuss</b>		
X	31.05.2023 <b>Stadtverordnetenversammlung</b>		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit dem Hausbesitzer und dem Verein Die Altstädter e.V. darüber zu verhandeln, zumindest zu einer Übergangslösung bis zum 31.12.2023 zu kommen. Die Zeit soll dazu genutzt werden ein neues Gesamtkonzept mit inhaltlichen und finanziellen Aspekten mit dem Verein Die Altstädter e.V. unter Einbindung der Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten.



Unterschrift

**Begründung:**

Das älteste Fachwerkhaus Brandenburgs hat für unsere Stadt eine große Bedeutung. Dieses historische Ensemble muss nicht nur weiterhin öffentlich zugänglich sein, sondern es sind in diesen Räumlichkeiten auch weiterhin Angebote vielfältigster Art für die Öffentlichkeit vorzuhalten.

Mit dem Auslaufen der Bindungsfristen ändern sich allerdings die finanziellen Rahmenbedingungen. Der zukünftige Betreiber muss also Einnahmen generieren, um die Miete weitestgehend zu erwirtschaften. Hierzu zählen wir beispielsweise die Erhebung von Nutzungsgebühren, Sponsoring und die Gewinnung von Mäzenen und Stiftungen.

Da das Bürgerhaus nicht nur das älteste Fachwerkhaus unserer Stadt ist, sondern auch das älteste im Land Brandenburg, ist die Verantwortung des Landes in Form von entsprechenden Mitteln einzufordern.